

Eine Graswurzelbewegung kann die politische Landschaft verändern. Stuttgart 21 hat das gezeigt. Aber auch anderswo bekommt das politische Establishment Gegenwind. In Bayern sind es kreuzbrave Bürger wie Franz Spitzenberger, 58, aus Attaching, einem Dorf im Schatten des Münchner Flughafens, die auf die Barrikaden gehen.

Der Bodenständige

Die Debatte um die geplante dritte Startbahn hat den Versicherungsangestellten und Vater zweier Kinder in einer Weise politisiert, wie er das nie für möglich gehalten hätte. Seit die Regierung von Oberbayern das Vorhaben der Flughafen München GmbH (FMG) als „landesplanerisch positiv“ bewertete, „werden wir als Anwohner nur noch mit Halbwahrheiten bedient“, sagt Spitzenberger. Beispiel: „Ob auf einer dritten Startbahn wirklich nur gestartet und nicht auch gelandet wird, kann ehrlicherweise keiner sagen, weil die Flugsicherung die Flugrouten erst bestimmt, wenn die Startbahn fertig ist.“ Wenn also Politiker heute schon versprechen, dass die Startbahn tatsächlich eine Startbahn bleibt, dann sei das ins Blaue gesprochen – und klingt in den Ohren der Attachinger wie Hohn.

Im Ort haben sie ihre Erfahrungen mit dem Flughafen: „Erst hat es geheißt, es geht um einen Ersatz für Riem. Dann war plötzlich das Drehkreuz im Gespräch.“ Für den Fall, dass die dritte Startbahn kommt, müssten sie in Attaching pro Tag mit mehr als 500 Überflügen in 50 bis 80 Meter Höhe über dem Wohngebiet rechnen, sagt Spitzenberger – und wird darüber (buchstäblich) zum „Wutbürger“. Bei der Anhörung im Ballhausforum in Unterschleißheim, wo von November 2008 bis März 2009 die Einwendungen gegen das Vorhaben erörtert wurden, wichen die erhöht sitzenden Vertreter der Regierung und des Flughafens erschrocken zurück, als Spitzenberger auf den Tisch sprang, um endlich „auf Augenhöhe“ zu verhandeln.

Der spektakuläre Auftritt war nicht geplant. Hobbyschauspieler Spitzenberger, der sich sonst höchstens als „Him-

den, die den Maibaum schwarz verhüllen und den Ort, der ihre Heimat ist, schon mal symbolisch zu Grabe tragen, um auf sich aufmerksam zu machen. „Wenn die dritte Startbahn kommt, kann hier keiner mehr wohnen“, sagt Spitzenberger. Doch noch ist es nicht so weit. Die Politik, vor allem die Regierungskoalition aus CSU und FDP, wird den Zorn der Attachinger noch zu spüren bekommen. Erst neulich haben sie dem Finanzminister einen Brief geschrieben, in dem steht, dass die Flugbewegungen in München zurückgegangen sind, dass es also gar keine dritte Startbahn braucht. Und wenn dann doch irgendwann der Planfeststellungsbeschluss ergeht, dann steht der Musterkläger schon bereit.

Der S-Bahn-Rebell

Politik? Protest? Walter Heldmann ist mehr der Typ älterer Herr, der gern radelt und Kürbis-Ingwer-Suppe schlürft. In seiner Studentenzeit in Wien, wo er Physik studierte, hat er einmal an einer Demonstration gegen Studiengebühren teilgenommen, später, Ende der 60er-Jahre, als er nach München kam, erlebte er die Studentenunruhen – „mit Sympathie, aber nicht auf der Straße“. Dass er jetzt, mit 69, so im Fokus steht, dass sein Name automatisch fällt, wenn in München die Rede auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke kommt, ist allerdings nur konsequent.

Heldmann spürt seit Längerem ein Unbehagen bei dem Gedanken, „wie Großprojekte an den Bürgern vorbei geplant und realisiert werden“. Der geplante Tunnel für die zweite S-Bahn-Stammstrecke betrifft ihn nun auch selbst. Zehn Jahre, sagt er, würde Haidhausen damit möglicherweise zur Baustelle. Das wäre lästig, aber wenn es dem Allgemeinwohl dient, nähme er es in Kauf. „Es geht mir nicht um Kirchturmpolitik“, sagt Heldmann. Er ist nicht die Art „Wutbürger“, die auf sich selber schaut, aber den Mund nicht aufkriegt, wenn es um andere geht. Darauf legt er Wert. Dass er heute Sprecher einer Bürgerinitiative ist, hat mit politischer Willkür zu tun, damit, wie Bahn und Staatsregierung die Haidhausener 2005 „vor vollendete Tatsachen stellten“. Der Münchner Stadtrat hatte sich 2001 nur deshalb



Nicht mit mir!

Das Vertrauen in die Politik schwindet, Protestbewegungen haben Konjunktur. Was sind das für Leute, die sich in Bayern in Bürgerinitiativen engagieren? Hermann Weiß hat genauer hingeschaut

Bernhard Blasen ist für die Energiewende, aber das heißt für ihn nicht, dass man Windanlagen überall in die Landschaft stellen könne. Blasen ist Mitglied der Bürgerinitiative „Gegenwind Jurahöhe“ in der Oberpfalz



Wind im Jura nicht so weht, wie er soll, stünden sie auch noch „unnützlich in der Landschaft herum“.

Die Windanlage in Stoeckelsberg, wo er wohnt, hat Bernhard Blasen im Alleingang verhindert – er wusste, als passionierter Segelflieger, dass die Anlage nur im Abstand von fünf Kilometern zum Segelsportplatz gebaut werden durfte, eingeplant aber war sie im Abstand von nur einem Kilometer. Blasen ist IT-Spezialist, kein Jurist. Aber in Berg wissen sie jetzt, dass sie aufpassen müssen. „Nach Lage der Dinge“, so Bürgermeister Himmler, „werden in Berg keine weiteren Windanlagen entstehen.“

Der Häuserkämpfer

Vielleicht, sagt Till Hofmann, ist genau das der Irrsinn, den keiner versteht und der einem wie ihm schon gar nicht in den Kopf will. Eine bizarrere, entlarvendere Vorstellung wie die Verleihung der Schwabinger Kunstpreise vor gut zwei Wochen könne er sich jedenfalls kaum vorstellen. Da wird er, Hofmann, 40, Chef des Lustspielhauses, der Lach- und Schief- und des Vereinsheims, dafür ausgezeichnet, dass er „die Kleinkunst gegen den Kommerz verteidigt“, dass er „in einem Viertel, in dem sich seit Jahren Handyläden, Coffee-to-go-Theken und Trash-Mode breitmachen“ mit seinen Unternehmungen eine „Altschwabinger Tradition“ pflege, die es ohne ihn vielleicht schon nicht mehr gäbe. Dann bittet Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) den zweiten Preisträger zu sich, es

dreimal so teuer werden würde, heute rechnet man mit zwei Milliarden Euro. „Da hätte man die billigere Lösung zumindest noch mal andenken müssen“, sagt Heldmann. „Bahn und Staatsregierung aber hielten an der Tunnelösung fest, haben sie uns als alternativlos verkauft.“ Heldmann wollte es genauer wissen, quälte sich durch Aktenberge und gründete erzürnt die BI „Tunnelaktion“.

Die moniert seit Jahren die Verschwendung von Steuergeldern, aber der Wahnwitz, so Heldmann, „geht munter weiter“. Als geradezu dreist empfindet er es, „wenn nun behauptet wird, der Tunnel würde wegen Olympia 2018 gebaut“. Da kommt die Ankündigung des Bundesverkehrsministers, wonach es Olympiegelder für den Tunnel nur gibt, wenn München tatsächlich den Zuschlag für die Spiele bekommt, gerade recht – für die Bürgerinitiative ein fast schon unverhofftes Zeichen der Vernunft.

Der Windbreaker

Helmut Himmler (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Berg in der Oberpfalz, ist ein Freund „sauberer Energien“. Zerknirscht musste er im April vergangenen Jahres eingestehen, dass die umweltpolitischen Ziele, die er sich gesteckt hatte, wohl zu hoch gegriffen waren. Vier Gebiete, in denen theoretisch Windkraftanlagen hätten errichtet werden können, hatte Himmler im Bereich der Jurahöhen ausgemacht: den Ottenberg, die Anhöhen zwischen Oberwall und Gebertshof, die Hochebene Stöckelsberg bis zur

Gemeindegrenze Lauterhofen bei Traunfeld und Deinschwang sowie die Hochebene bei Bischberg. Die letztlich genehmigten vier Windanlagen bei Bischberg und zwei bereits bestehende Anlagen bei Gebertshof freilich verdienen die Bezeichnung „Windpark“ nicht. Es ist eine Niederlage für Helmut Himmler. Und eingebrockt haben sie ihm der 59-jährige Unternehmensberater Bernhard Blasen und die von ihm mitbegründete Bürgerinitiative „Gegenwind Jurahöhe“.

Windkraftanlagen stören das Landschaftsbild und die Lebensqualität der Anwohner, deshalb kann man sie nicht überall hinstellen und auch nicht zu nah an Wohngebiete. So lautet Blasens Credo, und er ist damit in Bayern nicht allein. In der Oberpfalz freilich wird der Kampf mit besonders harten Bandagen geführt und das, sagt Blasen, liegt am unsauberen Verfahren, mit dem die Ver-

waltung in Berg versuchte, das Projekt Windpark durchzuboxen. Von der einzigen Informationsveranstaltung zum Thema etwa habe er zufällig erfahren, die Veranstaltung selbst empfand er dann als noch befremdlicher: „Von den 40 Leuten, die da waren, waren allein zwölf vom Investor, der die Windanlage bauen wollte. Dazu zehn Gemeinderäte. Gerade mal die Hälfte der Anwesenden waren Bürger.“

Blasens Antwort war die Gründung der BI. Zu deren zweimonatlichen Treffen kommen mittlerweile bis zu 250 Interessierte, dabei fallen auch mal schärfere Worte wie zuletzt, als Gründungsmitglied Werner Graf zu einer Art verbalen Rundumschlag ausholte: Die Windanlagen dienen „der Bereicherung verantwortungsloser Energiespekulanten und der Verschleierung bisherigen energiepolitischen Versagens“. Und weil der



Walter Heldmann kann nicht verstehen, warum in München ein teurer S-Bahn-Tunnel gebaut werden soll, wenn es auch deutlich billiger ginge

melskanonier“ an der örtlichen Laienbühne exponiert, hatte nur erkannt, „dass man sich wehren muss“. Zusammen mit fünf, sechs Bekannten aus seiner Nordic Walking-Gruppe gründete er vor ein paar Jahren die BI Attaching, in der sich heute rund 300 Attachinger gegen die dritte Startbahn engagieren. Aus Bürgern, die sich von der Politik allein gelassen fühlen, sind Aktionisten gewor-

den für die Tunnelösung entschieden, weil sie mit einer halben Milliarde Euro nicht mehr kosten sollte als die Südring-Alternative und weil eine S-Bahn im Tunnel weniger stört. Die Vorteile des Südrings, der im Gegensatz zum Tunnel nicht parallel zur ersten Stammstrecke verlief und zusätzliche Einstiegsmöglichkeiten böte, ließ man außen vor. 2005 jedoch war längst bekannt, dass der Tunnel

der Gesellschaft müssen wir reagieren. Wer bei den Menschen allerdings den Eindruck erweckt, sie könnten mit einem punktuellen Engagement langfristige Veränderungen herbeiführen, der belächelt sie. Das Ziel darf nicht sein, komplexe Prozesse so zu vereinfachen, dass sich die Menschen zuletzt veräppelt vorkommen und zu Recht zu „Wutbürgern“ werden. Hier steht die SPD als Konsenspartei vor einer neuen Aufgabe.

Was macht den Ausgleich denn so schwierig? Bei fast allen Projekten gibt es drei Interessenbereiche: Wirtschaftlichkeit, sozialer Ausgleich und Ökologie. Ich sehe außer der Sozialdemokratie keine Organisation, die in der Lage ist, diese drei, sich oft widersprechenden, Interessenlagen in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Haben nicht eher die Parteien den Kontakt zum Bürger verloren? Leider nehmen viele Politik-Interessierte

Parteien ganz anders wahr als ich. Sie glauben, dass man Gehirn und Rückgrat am Eingang abgeben muss, wenn man in eine Partei eintritt, weil Sprechautomaten für politische Parolen gesucht würden. Dieser Eindruck ist verheerend, denn er trifft nicht die Wahrheit.

Aber dieser Eindruck ist nachhaltig? Ich stelle fest, dass die Realität des Berufslebens ein Engagement in klassischen Organisationen in vielen Fällen nicht mehr möglich macht. Wenn heute um 19 Uhr eine Ortsvereinsversammlung einberufen wird, kann man nicht mehr damit rechnen, dass alle kommen können. Viele arbeiten um diese Uhrzeit sogar noch. Denken Sie nur an die Verkäuferin im Supermarkt. Darum wollen wir andere Formen politischer Partizipation organisieren.

Die SPD will sich jetzt für Nichtmitglieder öffnen? Die SPD versucht von allen Parteien am intensivsten, auf diese gesellschaftlichen

Entwicklungen zu reagieren. Wir warten nicht wie das Kaninchen vor der Schlange darauf, dass uns die Realität einholt. In der Bayern-SPD haben wir vieles sogar schon erreicht. Zwei Beispiele: Bei uns haben Vereine und Verbände auf Parteitag bereits Antrags- und Rede-recht. Und wir wollen die SPD-Listen für die Kommunalwahl 2014 für Nichtmitglieder öffnen. Allein durch organisatorische Reformen lassen sich Trends aber natürlich nicht umkehren.

Sie veranstalten gerade eine Online-Umfrage zur Frage, ob auch Nichtmitglieder mitbestimmen können, selbst wenn es um die Kandidatenaufstellung geht. Eine Zwischenbilanz zeigt: Die Ablehnung ist groß. Ist die Partei nicht reif für eine Öffnung? Wir haben den Punkt abgefragt, der am umstrittensten ist – die Mitsprache von Nichtmitgliedern bei der Kandidatenauswahl. Hier ist die Skepsis groß: Mehr als zwei Drittel der Parteimitglieder und etwa 60 Prozent der Nichtmitglieder sa-

gen Nein. Ich kann diese Bedenken verstehen. Vielleicht passt dieses amerikanische System der Vorwahl ja auch nicht in die deutsche Parteienlandschaft. Ich bin da auch skeptisch. Aber die Parteireform beinhaltet noch viele andere Formen der Öffnung, die auf große Zustimmung stößt. Schon allein durch die Dis-



Florian Pronold, 38, will am Wochenende als SPD-Chef wiedergewählt werden

kussion öffnet sich die Partei. Sie entscheidet am Schluss aber auch, wie viel Amerikanisierung sie zulassen will.

Warum geht es den Grünen so viel besser als der SPD?

In meiner Heimat Deggendorf hat die SPD rund 700 Mitglieder. Das sind etwa 30-mal so viele wie bei den Grünen. Wenn die Grünen jetzt zwei oder drei neue Mitglieder gewinnen, legen sie um zehn Prozent zu. Ist das ein gigantischer Zuwachs? Natürlich haben sie mehr Zuspruch, weil ihr Leib- und Magen-Thema Atompolitik in aller Munde ist. Aber auch die Grünen werden sich langfristig dem Trend nicht entziehen können.

Und was erwartet die SPD? Der Anspruch der SPD muss es sein, einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. Sonst kann sie den Anspruch aufgeben, linke Volkspartei zu sein. Eine SPD ist nur stark, wenn sie Ökonomie und sozialen Ausgleich zusammenbringt, wenn sie für einen moder-

„Die Aufgabe der SPD ist es, den gesellschaftlichen

Bayerns Sozialdemokraten wollen so erfolgreich werden wie die Genossen aus Baden-Württemberg. Landesvorsitzender Florian Pronold

WELT AM SONNTAG: Was sagt Ihnen der Begriff „Wutbürger“? FLORIAN PRONOLD: Ich glaube, er beschreibt nur einen sehr kleinen Teil der Wirklichkeit. Es gibt viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, die in Vereinen, Verbänden oder Parteien mitarbeiten, aber auch viele, die sich nur projektbezogen für bestimmte Belange engagieren möchten. Starke und emotionale Reaktionen der Bürger gibt es vor allem dort, wo Veränderungen im unmittelbaren Lebensumfeld anstehen.

Sie haben als Parteichef also Verständnis dafür, dass die Bürger auf die Straße gehen?

Es ist doch legitim und sogar positiv, dass sich die Menschen für ihre Interessen engagieren, in welcher Form auch immer. Das ist ein wesentliches Merkmal von Politik. Parteien müssen aber, genau wie alle anderen Großorganisationen, erkennen, dass es immer weniger Menschen gibt, die sich längerfristig binden wollen. Auf diese Veränderungen